

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 17/1702 –**

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Vertrag vom 27. November 2008
über die Änderung des Vertrags vom 11. April 1996 über die
Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung**

A. Problem

Seit dem Beitritt der Republik Polen und der Tschechischen Republik zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 sind alle Staaten, die Vertragsparteien des Vertrages über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung sind, auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund hat der Rat der Europäischen Union festgestellt, dass die Europäische Gemeinschaft mit Wirkung vom 1. Mai 2004 nicht mehr Vertragspartei ist. Auf Grund des Ausscheidens der Europäischen Gemeinschaft als Vertragspartei aus der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder werden Änderungen dieses Vertrags erforderlich.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für eine Ratifizierung des Vertrags vom 27. November 2008 über die Änderung des Vertrags über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung geschaffen werden.

B. Lösung

Einstimmige Annahme des Gesetzentwurfs

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Dem Bund entstehen durch das Gesetz Kosten. Der deutsche Anteil am Haushalt der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder steigt um einen Prozentpunkt von 38,75 Prozent auf 39,75 Prozent an.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1702 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 16. Juni 2010

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende und Berichterstatterin

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Oliver Kaczmarek
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Dorothea Steiner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Oliver Kaczmarek, Horst Meierhofer, Eva Bulling-Schröter und Dorothea Steiner

I. Überweisung

Der Gesetzentwurf auf **Drucksache 17/1702** wurde in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Seit dem Beitritt der Republik Polen und der Tschechischen Republik zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 sind alle Staaten, die Vertragsparteien des Vertrages über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung sind, auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Vor diesem Hintergrund hat der Rat der Europäischen Union festgestellt, dass die EG mit Wirkung vom 1. Mai 2004 nicht mehr Vertragspartei ist. Auf Grund des Ausscheidens der Europäischen Gemeinschaft als Vertragspartei aus der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder werden Änderungen dieses Vertrags erforderlich.

Mit dem Gesetzentwurf sollen die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für eine Rati-

fizierung des Vertrags vom 27. November 2008 über die Änderung des Vertrags über die Internationale Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung geschaffen werden.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat in seiner Sitzung am 16. Juni 2010 einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfs empfohlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1702 in seiner 16. Sitzung am 16. Juni 2010 abschließend ohne Debatte beraten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss einstimmig, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1702 unverändert anzunehmen.

Berlin, den 16. Juni 2010

Ingbert Liebing
Berichtersteller

Oliver Kaczmarek
Berichtersteller

Horst Meierhofer
Berichtersteller

Eva Bulling-Schröter
Berichterstellerin

Dorothea Steiner
Berichterstellerin

